

Podiumsdiskussion

Umweltverbund Rad und ÖPNV

Um die Teilnehmer auf die folgenden Tage einzustimmen, stand die erste Podiumsdiskussion direkt zum Auftakt an. Das Motto lautete: „Umweltfreundlich unterwegs – neue Akzente für eine Partnerschaft von ÖPNV und Fahrrad“.

Dr. Klaus Vorgang, Vorstand Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (VRR), eröffnete den Abend mit einem Vortrag über die erfolgreiche Verbindung von ÖPNV und Rad. Dabei berichtete er über die Erfahrungen, die der VRR mit Radstationen und abschließbaren Radboxen sammeln konnte. Er hob dabei vor allem den Freizeitbereich hervor. Mit seinem Plädoyer für einen Ausbau der Möglichkeiten der Fahrradmitnahme fand Dr. Vorgang auch bei den Teilnehmern der anschließenden Podiumsdiskussion Gehör.

Dr. Jürgen Götsche vom Büro Creaktive Verkehrssicherheit wies dort allerdings darauf hin, dass man das Fahrradfahren als Gesamtsystem stärken müsse. „Man sollte zum Beispiel bei Neubauten auch eine bestimmte Anzahl von Fahrradstellplätzen vorschreiben.“ Auch Dieter Lenz, erster Bürgermeister von Filderstadt, meinte, dass man ein neues Bewusstsein schaffen müsse. Zum Hintergrund: Filderstadt hatte sich erst vor geraumer Zeit mit einer Kampagne für das Radfahren gerade auf Kurzstrecken stark gemacht. Dr. Antje Flade vom Büro AMWF (Angewandte Wohn- und Mobilitätsforschung) ging dieser Ansatz allerdings nicht weit genug. „PR-Maßnahmen allein reichen nicht“, sagte die Diplom-Psychologin. „Auch die Infrastruktur muss stimmen, wenn sich etwas ändern soll.“ Sie plädierte für eine stärkere Kooperation von Kommunen und Verkehrsunternehmen. Und Dr. Vorgang forderte sogar, künftig im Rahmen von ÖPNV-Ausschreibungen bestimmte Leistungen vorzuschreiben und so die Entwicklung pro Umweltverbund Rad und ÖPNV zu beeinflussen. Von den Fahrgästen erwartet er ein gewisses Maß an Verständnis und Flexibilität. „Die Möglichkeit der Fahrradmitnahme wird immer zwangsläufig begrenzt sein – besonders zu den Hauptverkehrszeiten.“

Rudolf Köberle, Staatssekretär im Innenministerium Baden-Württemberg, betonte ebenfalls die Bedeutung kommunaler Lösungen. „Abhängig von der jeweiligen Ausgangslage müssen entsprechende Ansätze geschaffen werden.“ Gleichzeitig verwies er auf den Einsatz der baden-württembergischen Landesregierung: „Schon 2006 haben wir einen „Runden Tisch Radverkehr“ ins Leben gerufen und Vertreter aus Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung haben dort Handlungsvorschläge zur Förderung des Radverkehrs insgesamt, aber eben auch zur Verknüpfung mit dem ÖPNV erarbeitet.“ Die Vorschläge der Experten wurden Mitte 2008 vorgelegt und werden derzeit geprüft.